

1 EINLEITUNG

1.1 FRAGESTELLUNG

„Welcher Staat ist der größte auf der Welt? Polen, weil es gar keine Grenzen hat.“¹ Diese 1919 entstandene sarkastische Wendung charakterisierte den Zustand der Ungewissheit, in dem sich das wiedergegründete Polen seit Kriegsende im November 1918 befand, und der erst nach viereinhalb Jahren – im März 1923 – weitgehend endete: die Entstehung der Staatsgrenzen der Zweiten Polnischen Republik.

Zuvor waren 123 Jahre vergangen, bis im Jahr 1918 im Moment der Schwäche Deutschlands und des Zusammenbruchs Russlands und Österreich-Ungarns ein unabhängiger polnischer Staat überhaupt wiedergegründet werden konnte. Zu den zentralen Fragen und Problemen bei der Etablierung des neuen Staatswesens, das später Zweite Republik (*Druga Rzeczpospolita*) genannt wurde, zählte die Entstehung der Staatsgrenzen.

Diesem Grenzbildungsprozess zu den Nachbarstaaten Danzig, Deutsches Reich, Lettland, Litauen, Rumänien, Sowjetunion und Tschechoslowakei (ČSR, *Československá republika*) soll in dieser Arbeit nachgegangen werden. Besagte Grenzen entstanden auf dem Weg der direkten Ziehung durch Vertreter der Alliierten oder auf dem Weg der Ziehung nach einer Volksabstimmung durch die Alliierten oder den Völkerbund. Des Weiteren akzeptierten die Alliierten auch bilateral mit polnischer Beteiligung ausgehandelte sowie unilateral durch Polen durchgesetzte Grenzen.

Zentrale Frage dieser Arbeit ist, wie sich der Prozess der Grenzziehung aus Perspektive der wichtigsten Regierungsakteure Polens darstellte. Wie zu zeigen sein wird, war für zahlreiche polnische Politiker und Aktivisten, auch in der Zeit unmittelbar vor und während des Ersten Weltkriegs, trotz der inzwischen vergangenen Jahrzehnte die Grenze von 1772 der Angelpunkt aller polnischen Grenzvorstellungen.² Zwar forderten polnische Politiker im Zuge der Gründung der Zweiten Republik nicht die volle Restitution der Grenzen von 1772. Der Stellenwert dieser Grenze erklärt sich aber durch die Tatsache, dass sie den letzten als legal und nicht aufgezwungen empfundenen Zustand darstellte.

- 1 Zit. nach Piszczkowski, *Odbudowanie*, S. 255. Wortlaut des Zitats im Original: „*Jakie państwo jest największe na świecie? Polska, bo nie ma granic.*“ Vgl. auch Faryś, *Historia*, S. 27.
- 2 Als grundlegendes Beispiel dafür sei das Memorandum Dmowskis, *Memorandum on the Territory of the Polish State* (26.03.1917), in: Latawski, *Reconstruction*, S. 196–199, genannt. Gelegentlich wird sie auch von Historikern als Referenzpunkt genommen, so von Nowak, *Historie*, S. 185.

Keinesfalls darf übersehen werden, dass in der Zeit zwischen 1795 und 1918 fundamentale Änderungen in der Bewertung von Staatsgrenzen stattfanden. Entscheidende Bedeutung kommt dabei der Entstehung des Nationalbewusstseins zu.³ Bei der Bewertung dieser Entwicklung gab es zu Beginn des 20. Jahrhunderts allerdings erhebliche Differenzen. Zu den Aufgaben dieser Arbeit zählt es, diese Unterschiede herauszuarbeiten und ihren Einfluss auf den Grenzbildungsprozess zu untersuchen. Eine wichtige Rolle spielten zudem Bevölkerungsveränderungen, die durch die Ansiedlung von Deutschen und Russen, von beiden Teilungsmächten forciert, entstanden waren.

Bis 1914 waren Überlegungen hinsichtlich der Neugründung eines polnischen Staates aufgrund der politischen Realitäten Gedankenspiele. Nicht Teil dieser Arbeit ist es, eine Ideengeschichte der polnischen Grenzen während der Zeit der Teilungen zu schildern, auch wenn eine Gesamtdarstellung dieser Ideen und deren Akzeptanz in der polnischen Öffentlichkeit ein Desiderat darstellt.⁴ Notwendigerweise muss dennoch an einigen Stellen auf Überlegungen aus der Zeit der Teilungen zurückgegriffen werden, um die daraus abgeleiteten Ziele und Handlungsmotive deutlich werden zu lassen.

Mit Beginn des Ersten Weltkriegs kam die polnische Frage wieder auf die internationale Tagesordnung, da die Teilungsmächte den Polen Versprechungen machten. Die Handlungsinitiative in der polnischen Frage ging dabei im Verlauf des Krieges von Russland über die Mittelmächte auf die Westalliierten über. Während es das Zarenreich bei Absichtserklärungen beließ und während der Revolution und des anschließenden Bürgerkriegs ab 1917 als Akteur sogar ganz ausschied, suchten die Mittelmächte, die ab 1915 das mehrheitlich polnisch besiedelte Territorium Russlands vollständig beherrschten, die polnische Frage mit einer beschränkten Souveränität Kongresspolens zu lösen. Dabei benannten die Mittelmächte in ihrer Proklamation des Königreichs Polen am 5. November 1916 keine Grenzen und legten solche auch später nur teilweise fest, zum einen, da noch Krieg herrschte, aber auch, um sich Annexionen offenzuhalten. Diese Phase ist für das Verständnis zahlreicher Konflikte der Jahre 1918–1923 wichtig und wird daher in dieser Arbeit skizziert.

Mit dem militärischen Zusammenbruch der Mittelmächte im Herbst 1918 ging die Zuständigkeit über die polnische Frage endgültig an die westlichen Alliierten über. Basis des Grenzfindungsprozesses der Alliierten war das von US-Präsident Thomas Woodrow Wilson 1918 proklamierte Selbstbestimmungsrecht der Völker, das in Osteuropa so aufgefasst wurde, dass Nationalität das Recht auf einen souveränen Staat besitzen sollte; so beispielsweise zeitweilig auch die Lausitzer Sorben.⁵

3 Anderson, *Erfindung*, S. 77–85; Gellner, *Nationalismus*, S. 68–81; Hroch, *Europa*, S. 54f, 70; Müller, *Nation*, S. 52.

4 Ein solch grundlegendes Werk liegt in deutscher Sprache nur für den polnischen Westgedanken vor: Gehrke, *Westgedanke*.

5 *Mémoire sur les principes réglant les droits des Slaves lusaciens*, S. 57–71.

Die Alliierten beanspruchten in Art. 87 des Versailler Vertrags eine umfassende Regelungskompetenz in der polnischen Grenzfrage. Sie setzten die Grenzen Polens formal auch tatsächlich bis 1923 fest. Allein die Tatsache, dass die Alliierten, anders als zuvor Russland und die Mittelmächte, keine Nachbarn Polens waren, änderte die Voraussetzungen entscheidend. Dies bedeutete zwar nicht, dass die Westmächte die polnischen Grenzen uneigennützig zogen, da gerade Frankreich mit dem Ziel einer möglichst großen Schwächung Deutschlands durch Transfer von Gebieten an Polen nationale Interessen verfolgte. Dennoch stellten die Alliierten die einzige wenigstens bedingt neutrale Instanz dar. Gerade polnische Akteure setzten große Hoffnungen in die Neugestaltung durch die Staaten der Entente, da diese wiederum erstmalig in nennenswertem Raum Polen als eigene Akteure beim Gestaltungsprozess zuließen.

Die Grenzziehungen sind für Polen bislang eher kleinteilig und nicht als Problem für den wieder erstehenden polnischen Staat insgesamt untersucht worden. Nach vor allem mikro- und regionalgeschichtlichen Ansätzen⁶ ist es Ziel dieser Arbeit, diejenigen Faktoren herauszuarbeiten, die für die Grenzziehung insgesamt maßgeblich waren. Diese Faktoren werden aus einer akteurs- und entscheidungsorientierten Perspektive untersucht und politikgeschichtlich interpretiert. Die polnische Sicht wird in dieser Untersuchung, worauf noch eingegangen wird, vorrangig aus der Perspektive Warschaus eingenommen,⁷ ohne dass dabei andere Akteure in Vergessenheit geraten sollen.

Von diesem Ausgangspunkt soll das Agieren der beteiligten Akteure um eine verbindliche Grenze untersucht und insbesondere die gegenseitigen Wechselwirkungen herausgearbeitet werden, die sowohl zwischen- als auch innerstaatlich bestanden. In diesem Zusammenhang wird dem Problem der grenzüberschreitenden Akteure bei einer noch im Wandel befindlichen, noch nicht definitiv feststehenden Grenze ein hoher Stellenwert eingeräumt.

Ungewollt gab es in den Jahren 1918–1920 zwei polnische Akteursgruppen: Neben dem von den Alliierten protegierten Polnischen Nationalkomitee KNP (*Komitet Narodowy Polski*) um Roman Dmowski hatte sich das von den Mittelmächten gegründete Polen im Herbst 1918 von diesen emanzipiert und Józef Piłsudski als Staatsherr eingesetzt. Dessen Anhänger werden nach dem Amtssitz Piłsudskis im Warschauer Palast Belweder als Belweder-Lager bezeichnet. So liegt ein Teilaspekt des Grenzfindungsprozesses in der Herausarbeitung des virulenten Streits der beiden polnischen Hauptakteursgruppen um Prinzipien und Ziele des Grenzfindungsprozesses.⁸

Wie bereits ausführlich erforscht wurde, spalteten sich diese beiden Akteursgruppen auch konzeptionell in zwei Lager, deren Entstehung am Anfang der Arbeit aufgezeigt wird. Das KNP um Dmowski verfolgte das Inkorporationskonzept, das die Eingliederung des mehrheitlich litauisch und weißrussisch sowie

6 So Jaworski, *Deutsche und Polen*.

7 Vgl. zu den aktuellen Diskussionen um die Geschichte der internationalen Beziehungen Conze, *Jenseits*, S. 41.

8 Broszat, *Zweihundert Jahre*, S. 205.

großer Teile des ukrainisch besiedelten Gebiets mit dem Ziel der Polonisierung der nichtpolnischen Bevölkerung vorsah. Teile des Belweder-Lagers hingegen dagegen der Föderationsidee an, die territorial auf dieselben Gebiete abzielte, aber keine Polonisierung forderte, sondern sich vielmehr mit diesen gegen Russland zu verständigen suchte. Diese Ideen dürfen nicht als vollständig ausgearbeitete und unumstößliche Konzepte aufgefasst werden. Vielmehr ist richtig, dass sich beide Gruppen überlappten oder sich ihre Ansichten änderten.⁹ Oftmals vernachlässigt die bisherige Literatur die Frage der Umsetzung der theoretischen Konzepte nach 1918. Gerade der Frage, warum das in Polen regierende Belweder-Lager mit der Umsetzung der Föderationsidee scheiterte und am Ende ein polnischer Staat entstand, der in den Grundzügen Dmowskis Inkorporationskonzept entsprach, ist eine Frage, der diese Arbeit nachgeht.

Ebenso wichtig ist die Herausarbeitung der Wechselwirkungen der Politik Polens mit seinen Nachbarstaaten. Mit Ausnahme Rumäniens herrschte zwischen Polen und seinen Nachbarn kein Konsens über den gemeinsamen Grenzverlauf. In Extremfällen wurde eine Stadt, wie das seit 1991 zu Weißrussland gehörende Brest, vormals Brest-Litovsk, von sechs verschiedenen staatlichen Akteuren beansprucht, hier von Litauen, Polen, der weißen Bewegung Russlands, den Sowjets, der Ukraine und Weißrussland.

Die Dynamik der Wechselwirkungen zwischen den Akteuren der beteiligten Staaten erklärt sich dadurch, dass zum einen beide polnischen Akteursgruppen – also sowohl das Pariser KNP um Dmowski als auch das Belweder-Lager um Piłsudski – keine folgsamen Juniorpartner der Alliierten waren, sondern eigenständig operierten. Bei divergierenden Meinungen leisteten sie deshalb den alliierten Wünschen bei weitem nicht immer Folge. Zum anderen formierte sich gegen die polnischen Ansprüche breiter Widerstand in den Nachbarstaaten. Gerade deutsche Akteure blieben zwar geschwächte, aber nichtsdestoweniger entschlossene Gegner polnischer Ansprüche. Des Weiteren wurde – völlig unerwartet – auch die neu gegründete ČSR zu einem schwierigen Konfliktgegner, der seinerseits über gute Verbindungen zu den Westmächten verfügte. Die anderen Nachbarstaaten, mit denen Polen im Streit lag, wie Lettland, Litauen und die Westukrainische Volksrepublik (ZUNR, *Zachidnoukraïns'ka Narodna Respublika*), waren dagegen von minderer Macht. Zum Jahreswechsel 1919/1920 kehrte – aus polnischer Perspektive – in Gestalt Sowjetrusslands die frühere östliche Teilungsmacht wieder auf die Akteursbühne zurück.

Die ethnische Zusammensetzung der betroffenen Gebiete wird nachgezeichnet und analysiert, um Inkongruenzen zwischen den Ansprüchen herauszuarbeiten. Ziel dieser Arbeit ist es daher auch, den Einfluss des Konzepts der Nation auf die Überlegungen vor und im Untersuchungszeitraum aufzuzeigen. So werden Fragen der polnischen Nation und des polnischen Nationalismus der nach eigenem Selbstverständnis „alten Nation“ unter besonderer Berücksichtigung der Teilung erörtert. Bereits eingangs sei vorweggenommen, dass Polen 1919 die mehr-

9 Zloch, *Europa-Ideen*, S. 165f. Vgl. zu Entstehung und Inhalt des Inkorporationskonzepts und der Föderationsidee Kap. 1.7.

heitlich deutsch besiedelten Städte Oberschlesiens mit dem Argument der polnischen Mehrheitsbevölkerung im Umland und gleichzeitig das mehrheitlich polnische Lemberg, das sich in mehrheitlich ukrainisch besiedeltem Umland befand, mit dem Argument der früheren Zugehörigkeit zur alten Rzeczpospolita, beanspruchte. Diese Inkongruenz wurde schon zeitgenössisch durch den britischen Premierminister David Lloyd George festgestellt.¹⁰

Soweit relevant fließen in die Darstellung auch ökonomische Gesichtspunkte mit ein. Anzunehmen, dass ausschließlich ethnische oder historische Gesichtspunkte ausschlaggebend für eine Grenzforderung gewesen wären, wäre eine unzulässige Verkürzung der Darstellung des Grenzfindungsprozesses. Dies zeigen zahlreiche Beispiele, so die Danzig-Frage oder der Streit um die Zugehörigkeit Oberschlesiens oder des Teschener Schlesiens. Für die Wirtschaft stellten Staatsgrenzen im Untersuchungszeitraum Barrieren dar, die stark rezipiert wurden und an denen sie sich orientierte.¹¹

Ein Vergleich der Auswirkungen der konkreten Grenzziehungen in den Gebieten beiderseits der Grenze ist dagegen nicht Ziel der Arbeit. Über die exakte Grenzfestlegung vor Ort, die meist durch bilaterale Kommissionen erfolgte, und die sich über die gesamte Zwischenkriegszeit hinzog, gibt die Arbeit deshalb nur einen knappen Überblick.

Die Arbeit versteht sich als Beitrag zur Erforschung der krisenhaften und fragilen Zwischenkriegszeit. Ursprünglich waren die Alliierten angetreten, nach Kriegsende eine europäische Friedensarchitektur aufzubauen und mit dem Völkerbund ein Instrument zum friedlichen Interessenausgleich der Nationalitäten in Osteuropa herzustellen. Dabei waren durch den Zerfall des von seinen Gegnern „Völkerkerker“ genannten Österreich-Ungarns bereits kurz vor Kriegsende neue Realitäten geschaffen worden. Trotz zahlreicher Ausgleichs- und Minderheitenschutzmaßnahmen, welche die Alliierten mit großer Sorgfalt einführten, stießen die durch die Pariser Vorortverträge geschaffenen Grenzen nicht nur auf geringe Akzeptanz, sondern verschärfen vielerorts die schwelenden Konflikte, so dass das Pariser Staatensystem bereits bei seiner ersten ernsthaften Herausforderung durch das Deutsche Reich 1938–1939 aufgrund divergierender Interessen auseinanderbrach.

1.2 FORSCHUNGSSTAND

Die vorliegende Arbeit untersucht die Frage der Grenzen Polens in internationaler und vergleichender Perspektive. Dadurch sollen Lücken in der Forschung, die einerseits aus bilateraler Betrachtung und andererseits aus einseitig nationaler Sichtweise der bisherigen Forschung entstanden, geschlossen werden. Den Gedanken, eine Geschichte der Grenzen Polens in deutscher Sprache zu schreiben,

10 Conversation entre MM. le Président Wilson, Clemenceau, Lloyd George et Orlando (05.06.1919), in: Mantoux, *Délibérations*, Bd. 2, S. 311.

11 Vgl. dazu Wolf, *Grenzen*, S. 201f.

hatte zuerst der frühere Mainzer Professor für Osteuropäische Geschichte, Gotthold Rhode. Dieser vollendete seine Absicht allerdings nicht: 1955 erschien seine als erster Band konzipierte Habilitationsschrift, die das Mittelalter umfasste. Es folgte im Anschluss nur noch ein Aufsatz über die Entstehung der Curzon-Linie.¹² Beide Werke atmen deutlich den Geist der unmittelbaren Nachkriegszeit.

Die Forschung hat sich generell der Grenzfrage mit einer Fülle von Schriften gewidmet. Erste Quelleneditionen erschienen bereits zeitgenössisch, hier mit klarer politischer Zielrichtung.¹³ In der Nachkriegszeit entstanden weitere Editionen, die vielfach umfangreiche Einblicke in die Thematik bieten.¹⁴ Neben den in amtlichem Auftrag erstellten Editionen rundeten Publikationen der Exilorganisationen, die durch weitere Editionen der früheren Ostblockstaaten nach 1989 ergänzt wurden, das Gesamtbild ab.¹⁵ Den zweiten, ebenfalls edierten Teil des Quellenkorpus stellen Schriften der zeitgenössischen Protagonisten sowie deren später verfasste Erinnerungen dar, die mit der gebotenen quellenkritischen Vorsicht zu lesen sind.

Ein erheblicher Teil der Quellen zum vorliegenden Thema ist bereits publiziert worden. Unpublizierte Quellen aus den Beständen des Archivs der neuen Akten (*Archiwum Akt Nowych*) in Warschau sowie des Staatsarchivs der Russischen Föderation (*Gosudarstvennyj Archiv Rossijskoj Federacii*) und des Russischen Staatsarchivs der sozialen und politischen Geschichte (*Rossijskij Gosudarstvennyj Archiv Social'no-Političeskoj Istorii*), beide in Moskau, verwendeten Akten sind daher in dieser Darstellung gegenüber den gedruckten Quellen in der Minderheit, brachten aber dennoch zahlreiche neue Erkenntnisse. Möglicherweise lassen sich im Archiv der Außenpolitik der Russischen Föderation (*Archiv Vnešnej Politiki Rossijskoj Federacii*) noch weitere, bislang unerschlossene Quellen finden. Die Einsicht in die einschlägigen Bestände dieses Archivs wurde dem Verfasser 2009 allerdings verweigert.

Die historische Literatur zum Thema ist noch wesentlich umfangreicher. Dabei sagt die Fülle allein nichts über die Qualität der vorliegenden Werke aus. Ein zentrales Problem älterer Darstellungen ist deren Fixierung auf die Nation als abstrakte Bezugsgröße, die im deutschsprachigen Raum der Tradition des Historismus entspringt.¹⁶ Diese auch in vielen Darstellungen osteuropäischer Proveni-

12 Rhode, Ostgrenze; Ders., Curzon-Linie. In polnischer Sprache liegt seit 1971 mit Labuda, *Granica*, eine Gesamtdarstellung vor, die allerdings ihre Provenienz aus der Zeit der Volksrepublik nicht verhehlen kann und für die Zeit 1918–1923 zahlreiche Fehler und Verkürzungen aufweist.

13 So Filasiewicz, *Question, zur Beeinflussung der alliierten Entscheidungen bezüglich der polnischen Frage oder Documents diplomatiques zur Unterstützung der polnischen sowie Conflit zur Unterstützung der litauischen Argumentation in der Wilna-Frage*.

14 Als wichtigste seien genannt: Akten der Reichskanzlei, Bierzanek, *Sprawy polskie, Documents on British Foreign Policy, Dokumenty i materiały, Dokumenty vnešnej politiki, Mantoux, Délibérations*.

15 Vor 1989 wurden diese Dokumente oft in der Neuen Folge der Zeitschrift „*Niepodległość*“ publiziert. Für die Zeit nach 1989 seien genannt: Borkowski, *Rok 1920, Kostjuško, Vojna* und die Editionen Jablonowskis.

16 Jaeger, *Historismus*, S. 48.

enz anzutreffende Bild der Nation als Verkörperung des Volkswillens führte zu oft a priori zur Abqualifizierung des Standpunkts von Akteuren anderer Nationen. In logischer Konsequenz sind zahlreiche Ergebnisse solcher Darstellungen zumindest einseitig, gelegentlich auch völlig erfunden.

In der deutschsprachigen Historiografie wird auf die Zitation einseitiger und unwissenschaftlicher Werke im Regelfall verzichtet, was in diesem Werk nicht anders gehandhabt wird.¹⁷ Während diese Unterscheidung in der deutschsprachigen Historiografie in der Regel recht einfach zu treffen ist, sind in den nicht-deutschsprachigen Historiografien die Übergänge in den Interpretationen zwischen Tendenzdarstellungen und solchen, die bei irrigen Teilelementen dennoch wissenschaftlichen Inhalts sind, fließend. Ihre Verifizierung ist daher vom jeweiligen Einzelfall abhängig. Oft wurde in allen betroffenen Staaten Literatur auch von unmittelbar von den Grenzziehungen Betroffenen geschrieben, was die Perspektive prägte und der Ausgewogenheit nicht immer förderlich war.¹⁸

Für die Staaten des ehemaligen Ostblocks kommt bis 1989 erschwerend hinzu, dass es – in unterschiedlichem Maße – keine von staatlicher Lenkung freie Geschichtsforschung gab, was sich in den oft willentlich falschen Schlussfolgerungen der Literatur dieser Epoche klar niederschlägt.¹⁹ Zwar erwies sich die polnische Historiografie in den 1970er und in den 1980er Jahren als wesentlich weniger indoktriniert als ihr sowjetischer Gegenpart. Bezogen sich die Forschungen polnischer Historiker allerdings auf Aspekte, deren Betrachtungsweise durch ideologische Gesichtspunkte bestimmt war, so reproduzierten diese Historiker mit erheblichen Unterschieden im Detail dennoch stets die vorgegebenen großen Linien. Beispiele hierfür sind die Arbeiten Antoni Czubińskis zum Großpolnischen Aufstand, die Forschungen Wojciech Wrzesińskis zum Plebiszit in Allenstein und die Werke Kazimierz Popiołeks, Jan Przewłockis und Mieczysław Wrzoseks zum Plebiszit und den polnischen Aufständen in Oberschlesien.²⁰

Zeittypisch war es, dass sich polnische Historiker auf einige Beziehungsprobleme Polens zu einem bestimmten Nachbarstaat spezialisierten. So blickten etwa Przemysław Hauser und Jerzy Krasuski auf die deutsch-polnischen, Piotr Łossowski auf die litauisch-polnischen sowie Aleksy Deruga, Weronika Gostyńska und Jerzy Kumaniecki auf die polnisch-sowjetischen Beziehungen. Insbesondere den Darstellungen Letzterer mangelte es weiterhin an der Möglichkeit, zentrale Probleme, wie etwa die Entstehung des polnisch-sowjetischen

17 Solche Werke sind Hartenstein, Michael A.: Die Geschichte der Oder-Neiße-Linie, München 2007; Opitz, Michael: Schlesien bleibt unser. Deutschlands Kampf um Oberschlesien 1919–1921. Kiel 1985; Richthofen, Bolko v.; Oheim, Reinhold Robert: Polens Marsch zum Meer. Zwei Jahrhunderte Teilung und Expansion. Kiel 1984; Dies.: Die polnische Legende. Von den Vertreibungsverbrechen bis zum Kriegsrecht. Das Schicksal der Deutschen unter polnischer Besatzung. Kiel 1982.

18 Allein von deutscher Seite seien genannt: Jähnig, Atlas; Karski, Korfanty; Schwidetzky, Wahlbewegung. Mit Vorsicht zu lesen ist des Weiteren auch Conze, Nation.

19 Eine der ersten fundierten Kritiken zu den aus der Indoktrinierung resultierenden falschen Schlüssen der Geschichtsschreibung der Volksrepublik Polen lieferte 1962 Wehler, Masuren, S. 169f, am Beispiel der Masuren.

20 Vgl. hierzu für die Plebiszite von 1920 Hartmann, Reflexionen.

Krieges von 1920, offen diskutieren zu können – diese Frage betraf nämlich wiederum den Lebensnerv der Volksrepublik. Eine Gleichsetzung insbesondere der Arbeiten Letzterer aus dieser Zeit mit der jüngsten Forschung verbietet sich daher.²¹

Studien zur vorliegenden Fragestellung, die keiner staatlichen Einflussnahme unterlagen, stellen die seit den 1950er Jahren erschienenen Darstellungen zur Wiedergründung Polens und zur polnischen Außenpolitik der unmittelbaren Nachkriegsjahre dar, die außerhalb des Ostblocks entstanden. Diese kamen, wie Anna Cienciala, Titus Komarnicki, Tadeusz Piszczkowski oder Paul Latawski, teilweise aus exilpolnischen Kreisen. Ebenso bereicherten aber auch nichtpolnische Historiker, wie Richard Blanke, Alfred Erich Senn und Kay Lundgreen-Nielsen, dessen Werk über die polnische Frage auf der Pariser Friedenskonferenz nach wie vor das Standardwerk darstellt, die Forschung. Ferner beschäftigen sich zahlreiche Darstellungen, die oft Detailstudien mit begrenzten Fragestellungen sind, mit der aufgeworfenen Thematik.

Nach 1989 hat sich die Literatur in den Staaten Ostmitteleuropas noch einmal mit neuer Dynamik der Epoche 1918–1923 angenommen. Die seitdem erschienenen Werke offenbaren ein vielschichtiges Nebeneinander von Historikern, die auch schon vor 1989 publizierten und einer neuen Generation. Weiterhin nehmen Studien der Spezialisten für die Beziehungsgeschichte Polens zu seinen Nachbarn breiten Raum ein, so die Werke Dan Gawreckis und Marek Kazimierz Kamińskis zu den polnisch-tschechoslowakischen Verhältnissen der Zeit.

Für die russische Historiografie bedeutete das Jahr 1991 einen fundamentalen Wandel. Die vorliegende Darstellung gehört daher zu den ersten, die die veraltete sowjetische Literatur²² aufgrund ihrer Einseitigkeit nur noch kursorisch heranziehen wird. Stattdessen wird der vielfältigen russischen und ukrainischen Forschung der postsowjetischen Zeit verstärkt Raum gegeben.²³

Trotz der nach 1989 gewonnenen Ideologiefreiheit können als multiperspektivische Darstellungen jedoch auch weiterhin nur diejenigen gelten, denen es gelingt, auf die bereits angesprochene Sichtweise der eigenen Nation als Verkörperung des Volkswillens zu verzichten.²⁴ Darüber hinaus müssen die Ereignisse auch losgelöst vom Zweiten Weltkrieg betrachtet werden. Der Themenkomplex der polnischen Grenzziehungen wurde in der bisherigen internationalen Forschung als „one of the most complicated episodes of modern European History“²⁵ gewertet.

Diese Darstellung weiß um die Tatsache, dass Begriffe wie „Legitimität“ vor allem Resultate kommunikativer Prozesse sind. Dabei besteht allerdings die Gefahr, dass diese Erkenntnis in eine Beliebigkeit mündet, die alle bisher erschiene-

21 Eine solche unkritische Gleichsetzung unternimmt Haubold-Stolle, *Mythos*, S. 25.

22 So Azovcev, *Vojna*, Bd. 2; Minc, *Intervencija*; Stručkov, *Istorija*, Bd. 5. Eines der seltenen neuen Werke, in denen die althergebrachten Darstellungen weiter Eingang fanden, ist das Werk von Puškaš, *Civilizacija*.

23 Dazu gehören die Werke Karpenkos und Zubačevskij, *Politika*.

24 Hier sind kritisch zu lesen Goclon, *Wojna* sowie die Werke von Mroczko und Orlof.

25 Davies, *Heart*, S. 115.

nen Darstellungen als gleichrangig nebeneinander stellt. Die Tatsache, dass im Europa des frühen 21. Jahrhunderts nur noch sehr wenige wechselseitige Grenzforderungen bestehen und auch nationalistische Geschichtsschreibung stark im Rückgang begriffen ist, ermöglicht vielfach andere Blickwinkel, selbst bei Allgemeinplätzen. Deshalb ist gerade die sorgfältige Korrektur von Fehlern vorangegangener Literatur notwendig und geboten. Dass auch die vorliegende Darstellung nicht jeden Anspruch befriedigen wird und natürlich auch selbst Gefahr läuft, Irrtümern aufzusitzen, steht dabei außer Frage. Sollte ihre Rezeption zu weiterer Forschung animieren wie zu produktiven Kontroversen führen, so hat sie ihr Ziel erreicht.

1.3 DER GRENZBEGRIFF

Das deutsche Wort „Grenze“ stellt ein Lehnwort aus dem Slawischen dar und ersetzte zu Beginn der Frühen Neuzeit den bislang verwendeten Terminus „Mark“. Während allerdings „Mark“ eine noch zum eigenen Herrschaftsgebiet gehörende Übergangsregion kennzeichnete, so bezog sich „Grenze“ auf das unmittelbare Ende des Staatsgebiets und damit auf den Rand des politischen Herrschaftsgebiets.²⁶ Wie vielfach bereits untersucht wurde, war der Grenzbegriff im 19. Jahrhundert – begleitet durch die Nationsbildungsprozesse – einem stetigen Wandel unterworfen, der hier nicht nachvollzogen werden soll.²⁷

In dieser Arbeit wird unter dem Terminus „Grenze“ stets die Staatsgrenze verstanden. In den zeitgenössischen Quellen wurde, wenn von Grenzen gesprochen wurde, ebenfalls stets die Staatsgrenze, also besagten Endpunkt des Hoheitsgebiets verstanden. Fragen der Imagination von Grenzen, wie sie bei Geografen Gegenstand von Forschungen gewesen sind,²⁸ spielten in den Gedankenspielen der späteren zentralen Akteure nicht immer eine Rolle.

Des Weiteren wurde die Grenzfrage auch nicht mit dem Feld der Außenpolitik in Verbindung gebracht. Demnach spielten der kleine Grenzverkehr oder die Außenhandelspolitik, ja sogar selbst die wichtige Frage nach einer Wiedererrichtung der liberalen Handhabung des Grenzübertritts ohne Passzwang aus der Zeit von vor 1914 in den Überlegungen der beteiligten Personenkreise kaum eine Rolle,²⁹ womöglich auch, weil diese als zu lösende bi-, tri- oder multilaterale Probleme erst als nach der eigentlichen Grenzfestlegung kommend betrachtet wurden. Eine Ausnahme stellten Gebiete dar, die nicht zum polnischen Staat gehören sollten, aber auf die Einfluss ausgeübt werden sollte – wie anhand des Beispiels Ostpreußen in Dmowskis Plänen und die Freie Stadt Danzig nach ihrer Errichtung in der Praxis zu zeigen sein wird.

26 Gil, Vorwort, S. 7; Komlosy, Sichtbarkeit, S. 97; Müller, Nation, S. 51; Pille, Granizze, S. 23.

27 Vgl. grundlegend Briesewitz, Grenze; Haslinger, Grenze; Müller, Nation.

28 Vgl. dazu Gehrke, Westgedanke.

29 Vgl. dazu Zloch, Europa-Ideen, S. 157f.

Sehr oft steht der Grenzbegriff dagegen in einem unmittelbaren Zusammenhang mit der Frage des inneren Aufbaus eines neu zu gründenden polnischen Staates. Grenzziehung und daraus resultierende ethnische Zusammensetzung des neuen polnischen Staates wurden fast immer zusammengedacht. Hierin glichen sich die Überlegungen der in der Arbeit thematisierten Akteure wie Dmowski, Wincenty Lutosławski, Ignacy Jan Paderewski, Eugeniusz Romer und Leon Wasilewski. Weil sie, wie bereits genannt, die Grenze von vor 1772 als letzten rechtmäßigen Gebietsstand Polens begriffen, mündeten ihre die Planungen stets in die Errichtung eines relativ großflächigen polnischen Staates, der zahlreiche Minderheiten umfasst hätte. Daher beschäftigten sich die Theoretiker gerne mit der Frage, wie mit diesen Minderheiten umgegangen werden müsste, entwickelten eine Reihe von Exklusions- oder Inklusionsmodellen und verbanden damit oft die Frage des Staatsaufbaus.

Daher spielte für die polnischen Akteure die „Sprachgrenze“, wenn unter diesem Terminus eine Linie verstanden wird, hinter der die Sprache der Mehrheit wechselte, nur eine nachgeordnete Rolle. Aufgrund der historischen und strategischen Orientierung der Hauptakteure bei der Wiedergründung des neuen polnischen Staates hätte eine Beschränkung auf das mehrheitlich oder wenigstens teilweise polnische Sprachgebiet einen nicht erwünschten „Verzicht“ bedeutet.

Selbstverständlich konnten die Vorüberlegungen über die Frage der polnischen Grenzen nicht den späteren konkreten Weg zu einem neuen polnischen Staat vorwegnehmen. Da dieser stellenweise langwierig und windungsreich verlief, beschäftigt sich ein Gutteil der Arbeit nicht nur mit der Staatsgrenze, die am Ende vertraglich vereinbart wurde, sondern mit dem Weg dahin. Dieser Weg dorthin wird im Rahmen dieser Arbeit alternierend Grenzbildungs- oder Grenzfestlegungsprozess genannt.

Nach der Staatstheorie von Georg Jellinek gehört neben dem Staatsvolk und der Staatsgewalt das Staatsgebiet zu einem Grundpfeiler des Staates.³⁰ Für die Herstellung einer solchen Grenze gab und gibt es im Völkerrecht wenig Regeln, da dem Staatsbildungsprozess hier keine zentrale Rolle zukommt. Ihre praktische Relevanz für das 20. Jahrhundert erschließt sich allerdings allein aus der Tatsache, dass Europa von Teilen von 25 Staaten im Jahr 1900 – einschließlich Bulgariens – auf Teile von mindestens 46 Staaten im Jahr 2000³¹ nahezu verdoppelte.

Gerade weil diese Staats- und Grenzbildungsprozesse kaum Regeln durch das Völkerrecht kannten, zogen und ziehen sie das Interesse der Geschichtsforschung an sich. Generell kann zwischen Staatsbildung durch Separation oder durch Dis-membration des Vorgängerstaats unterschieden werden. Im Falle Polens liegt ein Alleinstellungsmerkmal vor, da die Zweite Polnische Republik aus einer Vereinigung von Gebieten von zwei zerfallenen Staaten – Österreich-Ungarn und Russ-

30 Jellinek, Staatslehre, S. 266–283.

31 Diese Zahl ließe sich durch das politisch zu Europa, geografisch aber zu Asien gehörende Zypern, sowie die südlich des Hauptkammes des Kaukasus gelegenen Staaten Georgien, Armenien und Aserbaidschan noch erweitern.

land – unter Zugabe von abgetrennten Gebieten eines weiter bestehenden Staates – dem Deutschen Reich – gegründet wurde.

Dabei hatte Polen das Glück, dass es anders als benachbarte – sich selbst als Staat begreifende – Entitäten relativ schnell aus dem Status eines international kaum anerkannten De-facto-Regimes zu einem anerkannten Staat wurde. Verantwortlich dafür war zum einem die Tatsache, dass die Wiedergründung Polens von den Alliierten zu einem Kriegsziel erhoben worden war. Zum anderen gelang es den beiden politischen Lagern in Polen im Dezember 1918 und Januar 1919, sich auf eine Machtteilung zu einigen und damit den Weg zur internationalen Anerkennung Polens freizumachen.

Seit kurzem werden im Rahmen transnationaler Forschungen auch bei Grenzfragen wieder verstärkt ökonomische Prozesse untersucht. So wurde erst jüngst festgestellt, dass die wirtschaftliche Anbindung der preußischen Ostprovinzen während des Kaiserreichs nur sehr schleppend vorankam.³² Dahingehende Aussagen, dass damit die künftige Grenzziehung bereits „vorweggenommen“³³ worden wäre, müssen aber mit Vorsicht getroffen werden, da dies eine nicht gegebene Zwangsläufigkeit impliziert.

Fragen, die die „Grenze“ im metaphorischen Sinne betreffen, was oft eine Wiederkehr des alten Begriffs der „Mark“ in neuer Form als Grenz-, Kontakt- oder Übergangsraum bedeutet, bleiben trotz ihrer Relevanz³⁴ aufgrund des Zugriffs dieser Arbeit unberücksichtigt.

1.4 DER AKTEURSBEGRIFF

In der geschichtswissenschaftlichen Methodendiskussion wird seit Jahrzehnten um einen angemessenen Platz der Politik- und Diplomatiegeschichte gerungen, die sich gerade jüngst wieder in einer Konjunktur befindet. Während sie für die eine Seite ein Relikt des Historismus ist, die keinen Platz in der modernen Forschung haben sollte,³⁵ so hielten und halten andere Historiker sie beharrlich mit Modifikationen für einen Grundbaustein der geschichtswissenschaftlichen Disziplin.³⁶

Diese Arbeit wird keine Antwort auf obige Streitfrage liefern. Allerdings dürfte bereits die Grundprämisse, eine Entscheidung zwischen den Annahmen, Politik vollziehe sich als individuellen Akteuren zuzurechnendes Handeln einerseits oder als symbolische aufgeladene Kommunikation bzw. Ausdruck von Strukturzusammenhängen andererseits vornehmen zu müssen, falsch sein.³⁷

32 Struck, Grenzziehungen, S. 90f; Wolf, Grenzen, S. 196, 201.

33 Wolf, Grenzen, S. 196.

34 Vgl. dazu u.a. Jaworski, Grenzlosigkeit; Niendorf, Minderheiten.

35 Frevert, Politikgeschichte; Stollberg-Rilinger, Kulturgeschichte.

36 Conze, Abschied, S. 38–43; Nicklas, Macht, S. 20–25.

37 Conze, Abschied, S. 40.